

Kleine Anfrage 435

des Abgeordneten Christoph Schulze
fraktionslos

an die Landesregierung

Klagebefugnis Ortsbeirat gegen Bürgermeister

Nach der Brandenburger Kommunalverfassung sind die Ortsbeiräte Einrichtungen der Gemeinde mit Organstatus. Für bestimmte Aufgaben muss die Verwaltung und auch die Gemeindevertretung den Ortsbeirat vorher anhören. Wie allgemein bekannt, findet das an vielen Stellen im Land Brandenburg vielfach nicht statt. Nunmehr haben es zahlreiche Ortsbeiräte und Ortsbürgermeister satt und beabsichtigen, sich gegen die Bevormundung und Übergehung der Ortsbeiräte zur Wehr zu setzen. Aus diesem Grunde stellt sich die Frage, ob Ortsbeiräte einen Organstatus haben, der es ihnen erlaubt, Organklage gegen die Gemeindevertretung und/oder den Hauptverwaltungsbeamten bzw. die Gemeinde zu führen. Wie bekannt, dürfen die Gemeindevertretungen und auch Teile von den Gemeindevertretungen, wie z.B. Fraktionen Organklagen führen. Die Frage, ob Ortsbeiräte dies dürfen, ist aber offen und bisher in der Breite nicht bekannt.

Aus diesem Grunde frage ich die Landesregierung:

1. Haben Ortsbeiräte einen Organstatus, wie Fraktionen oder die Gemeindevertretung?
2. Können Ortsbeiräte gegen die Nichtbeachtung ihrer Beschlüsse vor dem Verwaltungsgericht gegen die Gemeindevertretung bzw. den Hauptverwaltungsbeamten klagen?
3. Dürfen Ortsbürgermeister, so es denn keine Ortsbeiräte gibt, gegen die Nichtbeachtung ihrer Beschlüsse vor dem Verwaltungsgericht gegen die Gemeindevertretung bzw. den Hauptverwaltungsbeamten klagen?
4. Müssen Ortsbeiräte eine Organklage gegen die Verwaltung formal als Beschluss des Ortsbeirates beschließen? Wenn ja, welche Formvoraussetzungen sind daran gebunden?
 - a) Können auch Teile eines Ortsbeirates (eine Minderheit innerhalb des entsprechenden Ortsbeirates) alleine eine Organklage führen?
5. Wer trägt die Kosten eines Organstreits zwischen Ortsbeirat und Gemeindevertretung bzw. Ortsbeirat und Hauptverwaltungsbeamten?